

No. 31488

**AUSTRIA
and
TURKEY**

Agreement on the recognition and enforcement of judicial decisions and settlements in civil and commercial matters. Signed at Ankara on 23 May 1989

Exchange of notes constituting an agreement relating to the interpretation of articles 17 and 18 of the above-mentioned Agreement. Vienna, 10 December 1993 and 10 January 1994

Authentic texts of the agreement: German and Turkish.

Authentic text of the exchange of notes: German.

Registered by Austria on 19 January 1995.

**AUTRICHE
et
TURQUIE**

Accord concernant la reconnaissance et l'exécution des décisions et règlements judiciaires en matière civile et commerciale. Signé à Ankara le 23 mai 1989

Échange de notes constituant un accord relatif à l'interprétation des articles 17 et 18 de l'Accord susmentionné. Vienne, 10 décembre 1993 et 10 janvier 1994

Textes authentiques de l'accord : allemand et turc.

Texte authentique de l'échange de notes : allemand.

Enregistré par l'Autriche le 19 janvier 1995.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN VOM 23. MAI 1989 ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK TÜRKEI ÜBER DIE ANERKENNUNG UND DIE VOLLSTRECKUNG VON GERICHTLICHEN ENTSCHEIDUNGEN UND VERGLEICHEN IN ZIVIL- UND HANDELS SACHEN

Die Republik Österreich und die Republik Türkei sind in dem Wunsch, in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen in Zivil- und Handelssachen zu ermöglichen, übereingekommen, ein Abkommen zu schließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt

Der Bundespräsident der Republik Österreich:
Für die Republik Österreich:
Herrn Dr. Egmont Foregger, Bundesminister für Justiz

Der Präsident der Republik Türkei:
Für die Republik Türkei:
Herrn Oltan Sungurlu, Türkischer Justizminister

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Die Entscheidungen der Gerichte des einen Vertragsstaates in Zivil- und Handelssachen, gleich ob sie im streitigen oder im außerstreitigen Verfahren ergangen sind, werden im anderen Vertragsstaat unter den in diesem Abkommen vorgesehenen Voraussetzungen anerkannt und vollstreckt. Das Abkommen ist auch auf Entscheidungen anzuwenden, die über zivilrechtliche Ansprüche des Geschädigten in einem Strafverfahren ergehen.

(2) Auf Entscheidungen, die in einem Konkursverfahren, in einem Ausgleichsverfahren oder in einem ähnlichen Verfahren ergangen sind, ist dieses Abkommen nicht anzuwenden.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet

a) „Entscheidung“ jede gerichtliche Entscheidung ohne Rücksicht auf ihre Benennung;

- b) „Titelgericht“ das Gericht, das die Entscheidung erlassen hat, deren Anerkennung oder Vollstreckung beantragt wird;
- c) „Entscheidungsstaat“ den Staat, in dessen Gebiet das Titelgericht seinen Sitz hat;
- d) „ersuchtes Gericht“ das Gericht, bei dem die Anerkennung oder die Vollstreckung der Entscheidung beantragt wird;
- e) „ersuchter Staat“ den Staat, in dessen Gebiet die Anerkennung oder die Vollstreckung beantragt wird.

Artikel 3

Die Entscheidungen der Gerichte des einen Vertragsstaates sind im Gebiet des anderen anzuerkennen, wenn

1. die Entscheidung im Entscheidungsstaat rechtskräftig ist und
2. das Titelgericht nach den Artikeln 6 bis 9 des Abkommens zuständig war.

Artikel 4

(1) Die Anerkennung darf nur versagt werden,

- a) wenn sie mit der öffentlichen Ordnung des ersuchten Staates offensichtlich unvereinbar ist;
- b) wenn ein Verfahren zwischen denselben Parteien und wegen desselben Gegenstandes vor einem Gericht des ersuchten Staates anhängig ist und dieses Gericht zuerst angerufen worden ist;
- c) wenn die Entscheidung im Widerspruch zu einer rechtskräftigen Entscheidung zwischen denselben Parteien wegen desselben Gegenstandes im ersuchten Staat steht.

(2) Falls sich der Beklagte in das Verfahren nicht eingelassen hat, darf die Anerkennung der Entscheidung auch versagt werden, wenn er von dem Verfahren nicht rechtzeitig Kenntnis erhalten hat, um sich zu verteidigen.

Artikel 5

(1) Die Anerkennung darf nicht allein aus dem Grund versagt werden, weil das Gericht ein anderes Recht als jenes angewendet hat, das nach dem internationalen Privatrecht des ersuchten Staates anzuwenden gewesen wäre.

(2) Die Anerkennung darf jedoch aus diesem Grund versagt werden, wenn die Entscheidung auf der Beurteilung des Ehe- oder Familienstandes, des Ehegüterrechtes, der Rechts- oder Handlungsfähigkeit, der gesetzlichen Vertretung, der Verschollenheits- oder Todeserklärung eines Angehörigen des ersuchten Staates oder des Erbrechtes nach einem solchen Angehörigen oder auf der Beurteilung der Rechtsfähigkeit einer juristischen Person oder einer Gesellschaft beruht, die ihren Sitz oder ihre Hauptniederlassung im ersuchten Staat hat. Das gilt jedoch nicht, wenn die Anwendung des vom internationalen Privatrecht des ersuchten Staates bezeichneten Rechtes zum gleichen Ergebnis geführt hätte.

Artikel 6

Vorbehaltlich der Artikel 7 bis 9 wird die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates im Sinne des Artikels 3 Z 2 anerkannt,

1. wenn der Beklagte zur Zeit der Einleitung des Verfahrens im Entscheidungsstaat seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatte oder, im Fall einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft, seinen Sitz oder seine Hauptniederlassung hatte;
2. wenn der Beklagte zur Zeit der Einleitung des Verfahrens im Entscheidungsstaat eine geschäftliche Niederlassung hatte und wegen der Geschäftstätigkeit der Niederlassung belangt worden ist;
3. wenn sich der Beklagte für bestimmte Rechtsstreitigkeiten durch eine Vereinbarung der Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates unterworfen hat, es sei denn, daß eine solche Vereinbarung nach dem Recht des ersuchten Staates unzulässig wäre; eine Vereinbarung in diesem Sinn liegt nur vor, wenn sie schriftlich getroffen oder, im Fall der Mündlichkeit, schriftlich bestätigt worden ist;
4. wenn der Beklagte sich in die Sache selbst eingelassen hat, ohne die Zuständigkeit zu bestreiten, es sei denn, daß eine Vereinbarung über diese Zuständigkeit nach dem Recht des ersuchten Staates unzulässig wäre; die Einlassung in die Sache selbst durch den

Beklagten bedeutet keine Unterwerfung unter die Zuständigkeit, wenn der Beklagte erklärt hat, sich nur in bezug auf Vermögen im Entscheidungsstaat in das Verfahren einzulassen;

5. wenn im Fall einer Widerklage dieses Gericht nach diesem Artikel zur Entscheidung über die Hauptklage zuständig war und die Widerklage mit dem in der Hauptklage geltend gemachten Anspruch oder mit den zur Verteidigung vorgebrachten Einwendungen im Zusammenhang stand;
6. wenn bei einem Vertrag die daraus entstandene Verpflichtung im Entscheidungsstaat erfüllt worden ist oder zu erfüllen gewesen wäre; eine solche Vereinbarung liegt nur vor, wenn sie schriftlich getroffen oder, im Fall der Mündlichkeit, schriftlich bestätigt worden ist;
7. wenn die Klage das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeitsvertrages oder Rechtsstreitigkeiten aus einem Arbeitsvertrag zum Gegenstand hatte und der Ort der Arbeitsleistung im Entscheidungsstaat gelegen war;
8. wenn die Klage auf eine unerlaubte Handlung oder auf eine Handlung, die nach dem Recht des Entscheidungsstaates einer unerlaubten Handlung gleichgestellt wird, gegründet war und die Handlung im Entscheidungsstaat begangen worden oder der Schaden dort eingetreten ist;
9. wenn der Beklagte in keinem der Vertragsstaaten seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatte und im Entscheidungsstaat zur Zeit der Einleitung des Verfahrens Vermögen in der Höhe des Anspruches besessen hat;
10. wenn die Klage einen Unterhaltsanspruch zum Gegenstand hatte und der Unterhaltsberechtigte zur Zeit der Einleitung des Verfahrens im Entscheidungsstaat seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatte.

Artikel 7

(1) In allen Fällen, die den Ehe- oder Familienstand, die Rechts- oder Handlungsfähigkeit oder die gesetzliche Vertretung betreffen und an denen ein Angehöriger eines der Vertragsstaaten beteiligt ist, wird die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates im Sinn des Art. 3 Z 2 anerkannt, wenn der Beklagte zur Zeit der Einleitung des Verfahrens Angehöriger dieses

Staates war oder seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet dieses Staates hatte.

(2) In Ehesachen wird die Zuständigkeit auch anerkannt, wenn eine der Parteien zur Zeit der Einleitung des Verfahrens Angehöriger eines der Vertragsstaaten war, die Parteien ihren letzten gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt im Entscheidungsstaat hatten und der Kläger zur Zeit der Einleitung des Verfahrens seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet dieses Staates hatte.

Artikel 8

Die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates wird im Sinn des Art. 3 Z 2 anerkannt, wenn sich dort eine unbewegliche Sache befindet und das Verfahren ein dingliches Recht an dieser unbeweglichen Sache oder einen Anspruch aus einem solchen Recht zum Gegenstand hatte. Gleiches gilt für Nachlaßangelegenheiten betreffend unbewegliche Sachen.

Artikel 9

Die Zuständigkeit der Gerichte des Entscheidungsstaates wird im Sinn des Art. 3 Z 2 für Nachlaßangelegenheiten betreffend bewegliche Sachen anerkannt, wenn der Erblasser Angehöriger dieses Staates war.

Artikel 10

(1) Wird die in einem Vertragsstaat ergangene Entscheidung im anderen Vertragsstaat geltend gemacht, so darf nur geprüft werden, ob die Voraussetzungen des Art. 3 vorliegen und ob nicht einer der in den Art. 4 und 5 Abs. 2 genannten Versagungsgründe gegeben ist. Darüber hinaus darf die Entscheidung nicht geprüft werden.

(2) Das Gericht des ersuchten Staates ist bei der Beurteilung der Zuständigkeit des Gerichtes des Entscheidungsstaates an die tatsächlichen Feststellungen gebunden, auf Grund derer das Gericht seine Zuständigkeit angenommen hat.

Artikel 11

(1) Die Verfahren zur Anerkennung und zur Vollstreckung von Entscheidungen richten sich nach dem Recht des ersuchten Staates

(2) Anträge auf Anerkennung oder Vollstreckung von Entscheidungen sind unmittelbar beim zuständigen Gericht oder bei der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zu stellen.

Artikel 12

Die Entscheidungen der Gerichte des einen Vertragsstaates werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt, wenn sie

1. die für die Anerkennung im ersuchten Staat erforderlichen Voraussetzungen erfüllen und
2. im Entscheidungsstaat vollstreckbar sind.

Artikel 13

Die Partei, die die Vollstreckung beantragt, genießt im ersuchten Staat die Verfahrenshilfe in gleicher Weise wie Angehörige dieses Staates.

Artikel 14

(1) Die Partei, die die Bewilligung der Vollstreckung beantragt, hat vorzulegen:

1. eine vollständige Ausfertigung der Entscheidung;
2. eine Bestätigung oder einen Vermerk, aus denen hervorgeht, daß die Entscheidung im Entscheidungsstaat rechtskräftig geworden und nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist;
3. sofern sich der Beklagte in das Verfahren, in dem die Entscheidung ergangen ist, nicht eingelassen hat, eine Urkunde, aus der sich ergibt, daß das der Einleitung des Verfahrens dienende Schriftstück dem Beklagten ordnungsgemäß zugestellt worden ist.

(2) Die vorgelegten Urkunden sind in die Sprache des ersuchten Staates zu übersetzen. Die Richtigkeit der Übersetzung ist von einem beideten Übersetzer eines der beiden Staaten zu bestätigen.

(3) Die genannten Urkunden bedürfen keiner Beglaubigung oder sonstigen Förmlichkeit.

Artikel 15

(1) In Zivil- und Handelssachen werden die in einem der beiden Vertragsstaaten vor dessen Gerichten geschlossenen Vergleiche, wenn sie in diesem Staat vollstreckbar sind, im anderen Vertragsstaat wie gerichtliche Entscheidungen anerkannt und vollstreckt.

(2) Für das Verfahren zur Vollstreckung gelten die Artikel 11 bis 14 sinngemäß.

(3) Das ersuchte Gericht hat sich auf die Prüfung zu beschränken,

- a) ob die erforderlichen Urkunden vorgelegt worden sind;
 b) ob die Vollstreckung mit der öffentlichen Ordnung des ersuchten Staates nicht offensichtlich unvereinbar ist.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen berührt nicht andere Verträge, die zwischen den beiden Vertragsstaaten gelten und die für besondere Rechtsgebiete die Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen oder anderer Titel regeln.

(2) Dieses Abkommen berührt nicht die im Verhältnis zu ihm günstigeren Bestimmungen des inneren Rechtes eines Vertragsstaates, die die Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen oder anderer Titel vorsehen.

Artikel 17

Dieses Abkommen ist nur auf Entscheidungen, die nach seinem Inkrafttreten gefällt worden sind, und auf Vergleiche, die nach diesem Zeitpunkt geschlossen worden sind, anzuwenden.

Artikel 18

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten die Artikel 18 bis 22 des Übereinkommens vom 22. Juni 1930 zwischen Österreich und der Türkei über die wechselseitigen rechtlichen Beziehungen in

Zivil- und Handelssachen und über die Vollstreckungshilfe außer Kraft.

Artikel 19

Jede Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Auslegung oder der Anwendung dieses Abkommens, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnte, ist auf diplomatischem Weg beizulegen.

Artikel 20

Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

Das Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, in Kraft.

Jeder der beiden Vertragsstaaten kann das Abkommen auf diplomatischem Weg durch schriftliche, an den anderen Vertragsstaat gerichtete Notifikation kündigen. Die Kündigung wird am letzten Tag einer Frist von sechs Monaten, gerechnet vom Tag des Einlangens dieser Notifikation, wirksam.

Geschehen zu Ankara, am 23. Mai 1989, in zweifacher Urschrift in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind

Für die Republik
Österreich:
FOREGGER

Für die Republik
Türkei:
SUNGURLU

[TURKISH TEXT — TEXTE TURQUE]

AVUSTURYA CUMHURİYETİ VE TÜRKİYE CUMHURİYETİ ARASINDA MAHKEME KARARLARININ TANINMASI VE TENFİZİ HAKKINDA 23 MAYIS 1989 TARİHLİ SÖZLEŞME

Avusturya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti, her iki Devlet arasında hukuki ve ticari konulardaki mahkeme kararlarının tanınması ve tenfizini sağlamak üzere, bu konuda bir Sözleşme yapmak hususunda anlaşmışlardır. Bu amaçla,

Avusturya Cumhuriyeti Federal Cumhurbaşkanı,
Dr. Egmont Foregger
Adalet Bakanı

Türkiye Cumhuriyeti Cumhurbaşkanı,
Mahmut Oltan Sungurlu
Adalet Bakanı
yetkili Temsilcileri olarak atamışlardır.

Bu Temsilciler, usulüne uygun ve geçerli yetki belgelerini teati ettikten sonra aşağıdaki hükümler üzerinde mutabakata varmışlardır.

Madde 1

(1) Âkit Devletlerden birinin mahkemelerince, çekişmeli veya çekişmesiz yargı usulüne göre verilmiş olan hukuki ve ticari konulardaki mahkeme kararları, diğer Âkit Devlette bu Sözleşme'de öngörülen şartlar altında tanınır ve tenfiz edilir. Sözleşme, zarar görenin hukuki taleplerine ilişkin olarak, bir ceza davası çerçevesinde verilmiş olan hukuki kararlar hakkında da uygulanır.

(2) Bu Sözleşme, bir iflas, iflası önlemek üzere yapılan sulh veya benzer bir usul çerçevesinde verilen kararlar hakkında uygulanmaz.

Madde 2

Bu Sözleşme'de kavramlar aşağıdaki anlamda kullanılmıştır:

- «Karar», adı ne olursa olsun her türlü mahkeme kararı;
- «Karar Veren Mahkeme», tanıma veya tenfizi talep edilen kararı veren mahkeme;
- «Karar Devleti», ülkesinde kararı veren mahkemenin bulunduğu Devlet;
- «Talep Edilen Mahkeme», kararın tanınması veya tenfizinin talep edildiği mahkeme;
- «Talep Edilen Devlet», ülkesinde tanıma veya tenfizin talep edildiği Devlet.

Madde 3

Âkit Devletlerden biri mahkemelerince verilen kararlar aşağıdaki şartlar altında diğer Devlet ülkesinde tanınır:

- Karar, Karar Devletinde kesinleşmişse,
- Karar Veren Mahkeme, Sözleşme'nin 6 ila 9. maddelerine göre yetkili ise.

Madde 4

(1) Tanıma, ancak aşağıdaki hallerde reddedilebilir:

- Karar, Talep Edilen Devletin kamu düzeni ile açıkça bağdaşmıyorsa;
- Talepte Bulunulan Devletin bir mahkemesinde, aynı taraflar arasında ve aynı konuda daha önce açılmış olan bir dava görülüyor ise;
- Karar, Talepte Bulunulan Devlette aynı taraflar arasında ve aynı konuda kesinleşmiş bir kararla çelişkili ise.

(2) Davalı, davada bulunmamış olup da, kendisini savunmak üzere zamanında bilgi sahibi edilmemişse, kararın tanınması keza reddedilebilir.

Madde 5

(1) Tanıma yalnızca, mahkemenin Talep Edilen Devlet milletlerarası özel hukukuna göre yetkili olan hukuktan başka bir hukuku uygulamış olması sebebiyle reddedilemez.

(2) Bununla beraber, kararın Talep Edilen Devletin bir vatandaşının evlilik, kişi halleri, evlilik mal rejimleri, hak ve fiil ehliyeti, kanuni temsil, gaiplik ve miras hukukuna, ikametgâh veya işleme merkezi Talep Edilen Devlette bulunan bir tüzel kişisi veya şirketinin hukuki ehliyetine ilişkin olması halinde, tanıma bu sebeple reddedilebilir. Bu kural, Talep Edilen Devletin milletlerarası özel hukukunun belirttiği hukukun uygulanmasının aynı sonucu verecek olduğu hallerde geçerli değildir.

Madde 6

Karar Devleti Mahkemelerinin 3. maddenin 2. bendi anlamında yetkili oldukları, 7 ilâ 9. madde hükümleri saklı kalmak şartıyla, aşağıdaki hallerde kabul edilir:

1. Davalının ikâmetgâhı veya mutad meskeni davanın açılması anında Karar Devletinde ise; veya bir tüzel kişi veya ticaret şirketi sözkonusu ise bunun ikâmetgâhı veya işletme merkezinin bu Devlette bulunması;
2. Davalı, davanın açılması anında Karar Devletinde bir ticari işletme sahibi ise ve kendisi, ticari işletmesinin bir ticari faaliyeti dolayısıyla dava edilmiş ise;
3. Davalı, Talep Edilen Devlet hukukuna göre vasaklanmadığı takdirde, belirlenmiş hukuki ihtilaflar açısından, Karar Veren Devlet mahkemelerinin yetkisini bir anlaşma ile kabul etmişse, bu anlamda bir kabul ancak yazılı şekilde yapılmışsa veya sözlü yapıp da yazılı olarak teyid edilmişse geçerlidir.
4. Davalının, Talep Edilen Devlet hukukuna göre yasaklanmamışsa, mahkemenin yetkisine itiraz etmeden davaya katılmış olması, davalı, Karar Devletinde bulunan mal varlığı ile ilgili olarak davaya katılmış olduğunu açıklamışsa, kendisinin davanın esasına girmiş olması, mahkemenin yetkisini kabul ettiği anlamına gelmez;
5. Karşılık dava halinde, bu mahkeme bu hükme göre esas dava hakkında karar vermeye yetkili ise ve karşılık dava, esas davada ileri sürülen talepler veya savunma sadedinde yapılan itirazlarla irtibatlı ise;
6. Bir akitten kaynaklanan yükümlülük dolayısıyla, akdin Karar Devletinde ifâ edilmiş veya edilecek olması; bu tür bir anlaşma yalnız yazılı şekilde yapılmışsa veya sözlü olarak yapıp da yazılı olarak teyid edilmişse geçerlidir.
7. Dava konusu bir iş akdinin varlığı veya yokluğuna veya Karar Devletinde ifa edilecek bir iş akdinden kaynaklanan hukuki uyumsuzluklara ilişkinse;
8. Dava, bir haksız fiile veya Karar Devleti hukukuna göre haksız fiile eşdeğerde bir fiile dayanıyor ve fiil Karar Devletinde işlenmiş veya zarar bu Devlette ortaya çıkmışsa;
9. Davalının ikâmetgâhı veya mutad meskeninin Akıt Devletlerden hiçbirisinde bulunmaması ve Karar Devletinde davanın açılması anında talebi karşılayacak miktarda mal varlığı bulunması;
10. Dava konusu nafaka talebine ilişkin olup da, nafaka istemeye hakkı olanın ikâmetgâhı veya mutad meskeninin davanın açıldığı anda Karar Devletinde bulunması.

Madde 7

(1) Akıt Devletlerden birinin vatandaşının taraf olduğu evlilik, kişi halleri, medeni haklardan istifade veya kullanma veya kanuni temsil konularındaki davalarda, davalının, davanın açıldığı anda Karar Devletinin vatandaşı olması veya ikâmetgâh veya mutad meskeninin bu ülkede bulunması hallerinde, 3. maddenin 2. bendi anlamında, bu Devlet mahkemelerinin yetkili olduğu kabul edilir.

(2) Dava taraflarından birinin, davanın açıldığı anda Akıt Devletlerden birinin vatandaşı olması, tarafların son müşterek mutad meskenlerinin Karar Devletinde bulunması ve davacının davanın açılması anındaki mutad meskeninin bu ülkede olması hallerinde, aile hukukuna ilişkin davalarda, bu yetki keza varsayılr.

Madde 8

Karar Devletinde bulunan bir taşınmaz malın aynına veya bunun üzerindeki aynı hak talebine ilişkin davalarda, 3. maddenin 2. bendi anlamında bu Devlet mahkemelerinin yetkili olduğu kabul edilir. Terekede bulunan taşınmaz mallar hakkında da aynı kural geçerlidir.

Madde 9

Miras bırakanın Karar Devletinin vatandaşı olması halinde, taşınır mallara ilişkin tereke işlerinde, 3. maddenin 2. bendi anlamında bu Devlet mahkemelerinin yetkili olduğu kabul edilir.

Madde 10

(1) Akıt Devletlerden birinde verilen bir karar diğer Akıt devlette ileri sürülürse, yalnızca 3. maddedeki şartların mevcut olup olmadığı ve 4. madde ile 5. maddenin 2. fıkrasında belirtilen engelleyici sebeplerin bulunup bulunmadığına bakılır. Karar bunlardan başka hususlarda kontrol edilemez.

(2) Talep edilen Devletin mahkemesi, Karar Devleti Mahkemesinin kendi yetkisini kabul eden dayandığı gerçek bulgularla bağlıdır.

Madde 11

(1) Mahkeme kararlarının tanınması ve tenfizî usülleri Talep Edilen Devlet hukukuna tabidir.

(2) Mahkeme kararlarının tanınması ve tenfizine ilişkin talepler doğrudan doğruya Talep Edilen devletin yetkili mahkemesine veya makamına yapılır.

Madde 12

Bir Âkit Devlet mahkemelerince verilmiş olan kararlar, diğer Akit Devlette aşağıdaki şartlarla tenfiz edilir:

1. Talep Edilen Devlette tanıma için gerekli şartları taşıyor ve,
2. Karar Devletinde kabili icra ise.

Madde 13

Tenfizi Talep Eden Taraf, Talep Edilen Devlette, bu Devlet vatandaşları gibi adli müzaharetten yararlanır.

Madde 14

(1) Tenfizi Talep Eden Taraf, aşağıdaki belgeleri sunmak zorundadır:

1. Kararın tamamını ihtiva eden bir örneği;
2. Kararın, Karar Devletinde kesinleştiğini ve bu Devlet hukukuna göre icra kabiliyetini haiz olduğunu gösteren bir belge veya bir şerh;
3. Davalı, kararın verildiği davaya katılmamışsa, davanın açıldığının kendisine usulüne uygun bir şekilde tebliğ edildiğini gösteren bir belge.

(2) Takdim edilecek belgeler, Talepte Bulunulan Devlet diline tercüme edilir. Çevirinin doğruluğu her iki Devlettten birisine mensup olan bir yeminli tercüman tarafından onaylanır.

(3) Söz konusu belgeler başkaca bir onay veya şekil şartına tabi değildir.

Madde 15

(1) Hukuki ve ticari işlerde, Âkit Devletlerden birinin mahkemeleri önünde yapılan sulhlar, bu Devlette kabili icra olmaları kaydıyla, diğer Âkit Devlette, mahkeme kararları gibi tanınır ve tenfiz edilir.

(2) Tenfiz usulü hakkında 11 ilâ 14. madde hükümleri kıyasen uygulanır.

(3) talep Edilen Mahkeme yalnızca,

- a) Gerekli belgelerin sunulup sunulmadığını,
- b) Tenfizin Talep Edilen Devlet kamu düzeni ile açıkça çelişip çelişmediğini, incelemekle yetinmek zorundadır.

Madde 16

(1) Bu Sözleşme, her iki Devlet arasında yürürlükte olan özel hukuki alanlardaki mahkeme kararları veya diğer kararların tanınması ve tenfizini düzenleyen diğer Sözleşmeleri etkilemez.

(2) Bu Sözleşme, mahkeme kararları veya diğer kararların tanınması ve tenfizi konusunda bir Devletin kendi iç hukukunun öngördüğü daha elverişli hükümlerin uygulanmasını engellemez.

Madde 17

Bu Sözleşme, yürürlüğe girmesinden sonra verilen kararlar ile yapılan sulhlar hakkında uygulanır.

Madde 18

Bü Sözleşmenin yürürlüğe girmesiyle, Türkiye ve Avusturya Arasında Hukuki ve Ticari Mevadda Mütteallik Mukabil Münasebetlere ve Adli Kararların Tenfizine ait 22 Haziran 1930 Tarihli Mukavelenamenin 18 ilâ 22. maddelerine kadar olan hükümleri yürürlükten kalkar.

Madde 19

Bu Sözleşmenin uygulanması ve yorumuyla ilgili olarak iki Devlet arasında çıkabilecek görüş ayrılıkları diplomatik yoldan çözümlenir.

Madde 20

Bu Sözleşme onaylanacak olup, onay belgeleri Viyana 'da teati edilecektir.

Sözleşme, onay belgelerinin teatisinden sonraki 3. ayın ilk günü yürürlüğe girecektir.

İki Devletten her biri Sözleşmeyi diplomatik kanaldan yazılı olarak feshedebilir. Sözleşmenin feshi, fesih bildiriminin ele geçtiği günden sonra geçen altı aylık bir sürenin son gününden itibaren hüküm ifade eder.

Bu Sözleşme Almanca ve Türkçe olarak her iki metin de aynı şekilde geçerli olmak üzere 23 Mayıs 1989 tarihinde Ankara 'da ikişer nüsha halinde tanzim edilmiştir.

Avusturya Cumhuriyeti
adına:

FOREGGER

Türkiye Cumhuriyeti
adına:

SUNGURLU

AGREEMENT¹ OF 23 MAY 1989 BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF TURKEY ON THE RECOGNITION AND ENFORCEMENT OF JUDICIAL DECISIONS AND SETTLEMENTS IN CIVIL AND COMMERCIAL MATTERS

The Republic of Austria and the Republic of Turkey, desiring to ensure, in relations between the two States, the recognition and enforcement of judicial decisions and settlements in civil and commercial matters, have concluded this Agreement. For that purpose they have appointed as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria:

For the Republic of Austria:

Dr. Egmont Foregger, Federal Minister of Justice

The President of the Republic of Turkey:

For the Republic of Turkey:

For the Republic of Turkey:

Mr. Oltan Sungurlu, Turkish Minister of Justice

who, having exchanged their full powers, found in good and true form, have agreed as follows:

Article 1

1. Decisions in civil and commercial matters rendered by the courts of one of the Contracting Parties, whether in contentious or non-contentious proceedings, shall be recognized and enforced in the other Contracting State in accordance with the provisions of this Agreement. The Agreement shall also be applicable to decisions rendered in a criminal action in respect of civil-law claims of the injured Party.

2. This Agreement shall not be applicable to decisions in bankruptcy, composition or similar proceedings.

Article 2

In this Agreement, the following terms shall have the meanings given:

(a) "Decision" means any judicial decision without regard to the name given to it;

(b) "Court of origin" means the court which rendered the decision whose recognition or enforcement is sought;

(c) "State of origin" means the State in whose territory the court of origin has its seat;

(d) "Requested court" means the court in which recognition or enforcement of the decision is made;

(e) "Requested State" means the State in whose territory recognition or enforcement of the decision is sought.

¹ Came into force on 1 November 1992, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna on 17 August 1992, in accordance with article 20.

Article 3

Decisions of the courts of one Contracting State shall be recognized in the territory of the other State, if:

1. The decision is final in the State of origin, and
2. The court of origin had jurisdiction in accordance with articles 6 to 9 of the Agreement.

Article 4

- (1) Recognition may be refused only:
 - (a) If it is manifestly incompatible with the public policy of the requested State;
 - (b) If an action between the same parties in respect of the same cause is pending before a court of the requested State and the action was the first instituted before that court;
 - (c) If the decision is contrary to a final decision rendered between the same parties in respect of the same cause in the requested State.
- (2) In the event that the defendant did not appear in the proceedings, recognition of the decision may also be refused if he did not acquire knowledge of the proceedings in sufficient time to defend himself.

Article 5

- (1) Recognition shall not be refused solely on the ground that the court applied a law other than that which would have been applicable under the private international law of the requested State.
- (2) Nevertheless, recognition may be refused on this ground if the decision is based on the determination of the matrimonial or family status, marital property rights, legal or contractual capacity or legal representation or the declaration of the death or presumed death of a national of the requested State, or the right of inheritance of such a national, or on the determination of the legal capacity of a body corporate or a company which has its headquarters or principal establishment in the requested State. That shall, however, not apply if the application of the law specified under the private international law of the requested State would have led to the same result.

Article 6

Subject to articles 7 to 9, the jurisdiction of the courts of the State of origin shall be recognized in accordance with article 3, paragraph 2:

1. If, at the time of the institution of the proceedings, the defendant had his domicile or his habitual residence or, in the case of a body corporate or a company, its headquarters or principal establishment in the State of origin;
2. If, at the time of the institution of the proceedings, the defendant had a business establishment in the State of origin and was sued because of the business activities of that establishment;
3. If the defendant has submitted, by agreement, in respect of specific legal disputes, to the jurisdiction of the courts of the State of origin, unless such an agreement would be inadmissible under the law of the requested State; an agreement

within the meaning of this provision shall be deemed to exist only if it is in writing or, if arrived at orally, has been confirmed in writing;

4. If the defendant entered an appearance in the action itself without contesting the jurisdiction of the court, unless an agreement relating to such jurisdiction would be inadmissible under the law of the requested State, the entering of an appearance by the defendant in the action itself shall not signify acceptance of jurisdiction, if the defendant stated that he was entering an appearance in the proceedings solely with reference to property situated in the State of origin;

5. If, in the case of a counter-suit, the court was competent under this article to render a decision in respect of the principal suit, and the counter-suit was connected with the claim asserted in the principal suit or with the objections raised by the defence;

6. If, under a contract, the obligation resulting therefrom in the State of origin has been fulfilled or was to have been fulfilled; such an agreement shall be deemed to exist only if it is in writing or, if arrived at orally, has been confirmed in writing;

7. If the action involved the existence or non-existence of a contract of employment or litigation over such a contract, and the work was performed in the State of origin;

8. If the action was based on a prohibited act or on an act assimilated to a prohibited act under the law of the State of origin, and if the act was committed in the State of origin or the damage occurred in that State;

9. If the defendant had his domicile or habitual residence in neither of the Contracting States and, at the time of the institution of the proceedings, possessed property whose value covered the amount of the claim in the State of origin;

10. If the subject matter of the action was a claim for maintenance and, at the time of the institution of the proceedings, the person entitled to maintenance had his domicile of habitual residence in the State of origin.

Article 7

(1) In all cases relating to matrimonial or family status, legal or contractual capacity or legal representation in which a national of one of the Contracting Parties is involved, the jurisdiction of the courts of the State of origin, within the meaning of article 3, paragraph 2, shall be recognized if the defendant, at the time of the institution of the proceedings, was a national of that State or had his domicile or habitual residence in the territory of that State.

(2) In matrimonial cases, jurisdiction shall also be recognized if one of the parties at the time of the institution of the proceedings was a national of one of the Contracting States, the parties had their last habitual conjugal residence in the State of origin and, at the time of the institution of the proceedings, the plaintiff had his habitual residence in the territory of that State.

Article 8

The jurisdiction of the courts of the State of origin shall, within the meaning of article 3, paragraph 2, be recognized if immovable property is situated there, and the proceedings involved a material right to such immovable property or a claim to such a right. The same shall apply to immovable property involving matters of succession.

Article 9

The jurisdiction of the courts of the State of origin shall, within the meaning of article 3, paragraph 2, be recognized with respect to movable property involving matters of succession, if the testator was a national of that State.

Article 10

(1) Where a decision rendered in either Contracting State is relied upon in the other Contracting State, it may be examined only to determine whether the requirements of article 3 have been met and whether any of the grounds for refusal specified in article 4 and in article 5, paragraph 2, are present. The decision shall not be examined except as indicated above.

(2) In determining whether the court of the State of origin is competent, the court of the requested State shall be bound by the findings of fact of the basis of which the court determined its jurisdiction.

Article 11

(1) Proceedings for the recognition and enforcement of decisions shall be governed by the law of the requested State.

(2) Applications for the recognition or enforcement of decisions shall be submitted directly to the competent court of the competent authorities of the requested State.

Article 12

Decisions of the courts of either Contracting State shall be enforced in the other Contracting State, if they:

1. Fulfil the necessary requirements for recognition in the requested State, and
2. Are enforceable in the State of origin.

Article 13

The Party applying for enforcement shall receive, in the requested State, assistance in the proceedings in the same way as nationals of that State.

Article 14

(1) The Party applying for enforcement shall submit:

1. A complete copy of the decision;
2. A confirmation or note stating that the decision has become final in the State of origin and that it is enforceable under the law of that State;
3. If the defendant has not appeared in the proceedings in which the decision was rendered, a certificate establishing that the document used for instituting the proceedings has been duly served on the defendant.

(2) The documents submitted shall be translated into the language of the requested State. The accuracy of the translation shall be confirmed by a sworn translator of either State.

(3) The documents in question shall require no authentication or similar formality.

Article 15

(1) In civil and commercial cases, settlements concluded in the courts of one of the Contracting States, if enforceable in that State, shall be recognized and enforced as judicial decisions in the other Contracting State.

(2) Action for enforcement shall be governed by articles 11 to 14, as appropriate.

(3) The requested court shall, with regard to evidence, confine itself to ascertaining:

(a) Whether the requisite documents have been submitted;

(b) Whether enforcement is not manifestly incompatible with the public policy of the requested State.

Article 16

(1) This Agreement shall not affect other treaties which are in force between the two Contracting States and which, in specific fields of law, govern the recognition and enforcement of judicial decisions or other claims.

(2) This Agreement shall not affect relatively more favourable provisions of the domestic law of a Contracting State which provide for the recognition and enforcement of judicial decisions or other claims.

Article 17

This Agreement shall apply only to decisions rendered after its entry into force and to judicial settlements concluded after that date.

Article 18

With the entry into force of this Agreement, articles 18 to 22 of the Agreement of 22 June 1930 between Austria and Turkey on Mutual Legal Relations in Civil and Commercial Matters and on Assistance in Enforcement shall cease to be valid.

Article 19

Any dispute arising between the two States concerning the interpretation or application of this Agreement shall be settled through the diplomatic channel.

Article 20

This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged at Vienna.

The Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

Either Contracting State may denounce the Agreement by giving written notice through the diplomatic channel to the other Contracting State. The denunciation shall take effect on the last day of a period of six months following the date on which such notice is given.

DONE at Ankara on 23 May 1989 in two originals, in the German and Turkish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

FOREGGER

For the Republic
of Turkey:

SUNGURLU

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ DU 23 MAI 1989 ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE
ET LA RÉPUBLIQUE TURQUE CONCERNANT LA RECON-
NAISSANCE ET L'EXÉCUTION DES DÉCISIONS ET RÉGLE-
MENTS JUDICIAIRES EN MATIÈRE CIVILE ET COMMER-
CIALE

La République d'Autriche et la République turque, souhaitant permettre la reconnaissance et l'exécution des décisions et règlements judiciaires en matière civile et commerciale dans les relations entre les deux Etats, sont convenues de conclure un accord et, à cette fin, ont désigné en qualité de plénipotentiaires :

Le Président fédéral de la République d'Autriche :

Pour la République d'Autriche :

Monsieur Egmont Foregger, Ministre fédéral de la Justice

Le Président de la République turque :

Pour la République turque :

Monsieur Oltan Sungurlu, Ministre turc de la Justice

qui, après avoir échangé leurs pouvoirs, jugés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1. Les décisions en matière civile et commerciale des tribunaux de l'un des Etats contractants, qu'elles résultent d'une procédure contentieuse ou gracieuse, sont reconnues et exécutées sur le territoire de l'autre Etat conformément aux dispositions du présent Accord. Celui-ci s'applique aussi aux décisions qui concernent les réclamations en dommages et intérêts de la Partie lésée dans une procédure pénale.

2. Le présent Accord ne s'applique pas aux décisions concernant les procédures de faillite, les procédures de concordat ou autres procédures analogues.

Article 2

Au sens du présent Accord, on entend par :

- a) « Décision », toute décision judiciaire, quel que soit le mot qui la désigne;
- b) « Tribunal requérant », le tribunal qui a prononcé la décision dont la reconnaissance ou l'exécution est demandée;
- c) « Etat requérant », l'Etat sur le territoire duquel le tribunal requérant a son siège;
- d) « Tribunal requis », le tribunal auquel la reconnaissance ou l'exécution de la décision est demandée;

¹ Entré en vigueur le 1^{er} novembre 1992, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne le 17 août 1992, conformément à l'article 20.

e) « Etat requis », l'Etat sur le territoire duquel la reconnaissance ou l'exécution est demandée.

Article 3

Les décisions des tribunaux de l'un des Etats contractants sont reconnues sur le territoire de l'autre Etat si :

1. Elle sont exécutoires sur le territoire de l'Etat requérant;
2. Le tribunal requérant était compétent au sens des articles 6 à 9 du présent Accord.

Article 4

1. La reconnaissance ne peut être refusée que si :
 - a) Elle est manifestement contraire à l'ordre public de l'Etat requis;
 - b) Une procédure est en cours entre les mêmes Parties en raison du même objet devant un tribunal de l'Etat requis, et que ce tribunal a été saisi le premier;
 - c) La décision est contraire à une décision exécutoire entre les mêmes Parties en raison du même objet sur le territoire de l'Etat requis.
2. Au cas où l'accusé n'a pas participé à la procédure, la reconnaissance de la décision peut aussi être refusée s'il n'a pas été informé suffisamment à temps de la procédure pour pouvoir se défendre.

Article 5

1. La reconnaissance ne peut être refusée au seul motif que le tribunal a appliqué un autre droit que celui qui aurait été applicable conformément au droit international privé de l'Etat requis.
2. La reconnaissance peut cependant être refusée pour ce motif si la décision repose sur l'appréciation de la situation matrimoniale ou familiale, du droit des biens du couple, de la capacité juridique ou de la capacité d'ester en justice, de la représentation légale ou de la déclaration de disparition ou de décès d'un ressortissant de l'Etat requis, ou du droit successoral applicable à un tel ressortissant ou de l'appréciation de la capacité juridique d'une personne morale ou d'une société qui a son siège ou son établissement principal sur le territoire de l'Etat requis. Ces dispositions ne s'appliquent cependant pas lorsque l'application du droit prévu par le droit privé international de l'Etat requis aurait abouti au même résultat.

Article 6

Sous réserve des dispositions des articles 7 à 9 du présent Accord, la compétence du tribunal de l'Etat requérant au sens des dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 est reconnue si :

1. Au moment où la procédure a été introduite, le défendeur résidait ou avait son domicile habituel sur le territoire de l'Etat requérant ou, s'il s'agit d'une personne morale ou d'une société commerciale, son siège ou son établissement principal;
2. Au moment où la procédure a été introduite, l'accusé avait une représentation commerciale sur le territoire de l'Etat requérant et si l'accusation concernait les activités commerciales de sa filiale;

3. Le défendeur avait accepté auparavant la compétence des tribunaux de l'Etat requérant dans le cas de certains litiges, à moins qu'une telle admission n'ait été contraire aux droits de l'Etat requis; une telle acceptation n'existe que si elle a été donnée par écrit, ou, si le défendeur est mineur, a été confirmée par écrit;

4. Le défendeur a accepté expressément la procédure sans contester la compétence du tribunal à moins qu'une telle acceptation de la compétence n'ait été contraire au droit de l'Etat requis; que le défendeur ait accepté expressément la procédure ne signifie pas qu'il ait accepté la compétence s'il a déclaré que cette acceptation ne concernait que des biens situés sur le territoire de l'Etat requérant;

5. En cas de demande reconventionnelle, ce tribunal était compétent conformément aux dispositions du présent article pour connaître de la demande principale et si la demande reconventionnelle est liée à la demande principale ou aux objections présentées à titre de défense;

6. Les engagements prévus par un accord ont été remplis ou auraient dû être remplis sur le territoire de l'Etat requérant; l'acceptation de tels engagements n'est valable que si elle est écrite ou, si elle est le fait d'un mineur, si elle a été confirmée par écrit;

7. La plainte a pour objet l'existence ou la non-existence d'un contrat de travail ou un litige résultant d'un contrat de travail et le travail aurait dû être accompli sur le territoire de l'Etat requérant;

8. La plainte est motivée par un acte illicite ou un acte assimilé à un acte illicite par le droit de l'Etat requérant, et l'acte a été accompli ou le dommage provoqué sur le territoire de l'Etat requérant;

9. Le défendeur n'a sa résidence ou son domicile habituel sur le territoire d'aucune des Parties contractantes et, au moment où la procédure a été introduite, possédait sur le territoire de l'Etat requérant des biens ayant la valeur des dommages demandés;

10. La plainte a pour objet le droit à une pension alimentaire et la personne qui y a droit avait son domicile ou sa résidence habituelle sur le territoire de l'Etat requérant au moment de l'introduction de la procédure.

Article 7

1. Dans toutes les affaires qui ont trait à la situation matrimoniale ou familiale, à la capacité juridique ou la capacité d'ester en justice, ou à la représentation judiciaire et auxquelles un ressortissant de l'une des Parties contractantes est partie, la compétence du tribunal de l'Etat requérant est reconnue au sens des dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 si, au moment de l'introduction de la procédure, le défendeur était ressortissant de cet Etat ou y avait sa résidence ou son domicile habituel.

2. La compétence est reconnue aussi dans les affaires matrimoniales si l'une des Parties était ressortissante de l'un des Etats contractants au moment de l'introduction de la procédure, si les Parties avaient eu leur dernier domicile habituel commun sur le territoire de l'Etat requérant et si, au moment de l'introduction de la procédure, le demandeur avait son domicile habituel sur le territoire de cet Etat.

Article 8

La compétence du tribunal de l'Etat requérant est reconnue au sens des dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 si se trouve sur le territoire de cet Etat un bien

immobilier et que la procédure a pour objet un droit matériel sur ce bien ou une prétention fondée sur un tel droit. Il en est de même des questions successorales relatives à des biens immobiliers.

Article 9

La compétence des tribunaux de l'Etat requérant est reconnue au sens des dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 en ce qui concerne les affaires successorales relatives à des biens immobiliers si la succession est celle d'un ressortissant de cet Etat.

Article 10

1. Si une décision prise sur le territoire de l'un des Etats contractants est invoquée sur le territoire de l'autre Etat, il peut être seulement vérifié que les conditions prévues à l'article 3 du présent Accord sont remplies et s'il n'existe pas l'un des motifs de refus énoncés à l'article 4 ou au paragraphe 2 de l'article 5 du présent Accord. La décision n'est soumise en outre à aucune vérification.

2. Pour déterminer la compétence du tribunal de l'Etat requérant, le tribunal de l'Etat requis admet les constatations en raison desquelles le tribunal s'est déclaré compétent.

Article 11

1. Les procédures de reconnaissance et d'exécution des décisions sont définies par le droit de l'Etat requis.

2. Les demandes de reconnaissance ou d'exécution de décisions doivent être présentées immédiatement au tribunal compétent ou aux autorités compétentes de l'Etat requis.

Article 12

Les décisions des tribunaux de l'un des Etats contractants sont exécutées sur le territoire de l'autre Etat contractant si, à la fois :

1. Les conditions de la reconnaissance sur le territoire de l'Etat requis sont remplies;

2. Les décisions sont exécutoires sur le territoire de l'Etat requérant.

Article 13

Sur le territoire de l'Etat requérant, la Partie qui demande l'exécution bénéficie de la même assistance judiciaire que les ressortissants de cet Etat.

Article 14

1. La Partie qui demande que l'exécution soit autorisée doit présenter :

1) Une expédition complète de la décision;

2) Une attestation ou une annotation d'où il ressort que la décision est devenue finale sur le territoire de l'Etat requérant et est exécutoire conformément au droit de celui-ci;

3) Pour autant que le défendeur n'a pas accepté la procédure qui a conduit à la décision, un document d'où il ressort que la pièce par laquelle l'introduction de la procédure lui a été notifiée lui a été remise dans les règles.

2. Les pièces présentées doivent être traduites dans la langue de l'Etat requis. La justesse de la traduction doit être confirmée par un traducteur juré de l'un des deux Etats.

3. Les pièces visées n'ont pas à être certifiées conformes et ne nécessitent aucune autre formalité.

Article 15

1. Dans les affaires civiles et commerciales, les concordats conclus sur le territoire de l'un des Etats contractants devant les tribunaux de celui-ci, s'ils sont exécutoires sur le territoire dudit Etat, sont reconnus et exécutés sur le territoire de l'autre Etat contractant au même titre que les décisions des tribunaux.

2. Les dispositions des articles 11 à 14 du présent Accord s'appliquent *mutatis mutandis* à la procédure d'exécution.

3. Le tribunal requis examine uniquement :

a) Si les pièces nécessaires sont présentées;

b) Si l'exécution n'est pas manifestement contraire à l'ordre public de l'Etat requis.

Article 16

1. Le présent Accord ne modifie en rien les dispositions d'autres accords en vigueur entre les deux Etats contractants qui règlent la reconnaissance et l'exécution de décisions de tribunaux ou d'autres titres dans des domaines de droit particuliers.

2. Le présent Accord ne modifie en rien les dispositions plus favorables du droit interne de l'un des Etats contractants qui prévoient la reconnaissance ou l'exécution des décisions des tribunaux ou d'autres titres.

Article 17

Le présent Accord ne s'applique qu'aux décisions prises après son entrée en vigueur ainsi qu'aux concordats qui ont été conclus après cette date.

Article 18

A la date d'entrée en vigueur du présent Accord, les dispositions des articles 18 à 22 de la Convention du 22 juin 1930 entre l'Autriche et la Turquie relative aux relations réciproques en matière judiciaire, civile et commerciale et relative à l'exécution des décisions judiciaires cessent de s'appliquer.

Article 19

Tout différend qui pourrait surgir entre les deux Etats au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Accord sera réglé par la voie diplomatique.

Article 20

Le présent Accord est soumis à ratification. Les documents de ratification seront échangés à Vienne.

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suivra celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

Chacun des Etats contractants peut dénoncer le présent Accord par notification écrite transmise à l'autre par la voie diplomatique. La dénonciation prend effet le dernier jour d'une période de six mois qui commence à la date à laquelle cette notification a été reçue.

FAIT à Ankara, le 23 mai 1989, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

FOREGGER

Pour la République
turque :

SUNGURLU

EXCHANGE OF NOTES CONSTITUTING AN AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF TURKEY RELATING TO THE INTERPRETATION OF ARTICLES 17 AND 18 OF THE AGREEMENT OF 23 MAY 1989 ON THE RECOGNITION AND ENFORCEMENT OF JUDICIAL DECISIONS AND SETTLEMENTS IN CIVIL AND COMMERCIAL MATTERS

ÉCHANGE DE NOTES CONSTITUANT UN ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TURQUE RELATIF À L'INTERPRÉTATION DES ARTICLES 17 ET 18 DE L'ACCORD DU 23 MAI 1989 CONCERNANT LA RECONNAISSANCE ET L'EXÉCUTION DES DÉCISIONS ET RÈGLEMENTS JUDICIAIRES EN MATIÈRE CIVILE ET COMMERCIALE²

I

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

BUNDESMINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl. 212.03.01/8-IV.1/93

Verbalnote

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten entbietet der Türkischen Botschaft seine Empfehlungen und beehrt sich vorzuschlagen, daß auf gerichtliche Entscheidungen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens vom 23. Mai 1989 zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen in Zivil- und Handelssachen (dh. vor dem 1. November 1992) gefällt worden sind, die Artikel 18 bis 22 des Übereinkommens vom 22. Juni 1930 zwischen Österreich und der Türkei über die wechselseitigen rechtlichen Beziehungen in Zivil- und Handelssachen und über die Vollstreckungshilfe weiterhin anzuwenden sind.

Falls die Republik Türkei mit diesem Vorschlag einverstanden ist, werden diese Note und ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hierfür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten benützt diese Gelegenheit, der Türkischen Botschaft die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Wien, am 10. Dezember 1993

An die Türkische Botschaft
Wien

¹ Came into force on 1 November 1994, i.e., the first day of the second month after the Contracting Parties had notified each other (on 2 May and 12 September 1994) of the completion of their internal legal procedure, in accordance with the provisions of the said notes.

² See p. 89 of this volume.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} novembre 1994, soit le premier jour du deuxième mois après que les Parties contractantes s'étaient notifiées (les 2 mai et 12 septembre 1994) l'accomplissement de leurs formalités légales internes, conformément aux dispositions desdites notes.

² Voir p. 89 du présent volume.

[TRANSLATION]

FEDERAL MINISTRY
OF FOREIGN AFFAIRS

No. 212.03.01/8-IV.1/93

Note verbale

The Federal Ministry of Foreign Affairs presents its compliments to the Turkish Embassy and has the honour to propose that articles 18 to 22 of the Agreement of 22 June 1930 between Austria and Turkey on reciprocal legal relations in civil and commercial matters and on assistance with enforcement¹ continue to apply to judicial decisions rendered before the entry into force of the Agreement of 23 May 1989 between the Republic of Austria and the Republic of Turkey on the recognition and enforcement of judicial decisions and settlements in civil and commercial matters (i.e., before 1 November 1992).

If the Republic of Turkey agrees to this proposal, this note and its note in reply confirming this shall constitute an agreement between the Republic of Austria and the Republic of Turkey, which shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the Contracting States inform each other that the respective national requirements therefor have been complied with.

The Federal Ministry of Foreign Affairs, etc.

Vienna, 10 December 1993

Turkish Embassy
Vienna

[TRADUCTION]

LE MINISTRE FÉDÉRAL
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Zl. 212.03.01/8-IV.1/93

Note verbale

Le Ministre fédéral des affaires étrangères présente ses compliments à l'Ambassade de Turquie et a l'honneur de lui proposer que les articles 18 à 22 de la Convention du 22 juin 1930 entre l'Autriche et la Turquie relative aux relations réciproques en matière judiciaire, civile et commerciale et relative à l'exécution des décisions judiciaires¹ continuent à s'appliquer aux décisions judiciaires prises avant l'entrée en vigueur de l'Accord du 23 mai 1989 entre la République d'Autriche et la République turque concernant la reconnaissance et l'exécution des décisions et règlements judiciaires en matière civile et commerciale (autrement dit avant le 1^{er} novembre 1992).

Si cette proposition rencontre l'agrément de la République turque, la présente note et votre note de réponse dans ce sens constitueront entre la République d'Autriche et la République turque un accord qui entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra celui au cours duquel les Parties contractantes se seront notifiées que les conditions de leurs droits internes ont été remplies.

Le Ministre fédéral des affaires étrangères saisit cette occasion, etc.

Vienne, le 13 décembre 1993

Ambassade de Turquie
Vienne¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1929, No. II-1157.¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1929, n° II-1157.

II

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

TÜRKISCHE BOTSCHAFT
WIEN

2238-18-9

Verbalnote

Die Türkische Botschaft entbietet dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ihre Empfehlungen und beehrt sich, den Empfang der Verbalnote des Ministeriums Zl. 212.03.01/8-IV.1/93 vom 10. Dezember 1993 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten entbietet der Türkischen Botschaft seine Empfehlungen und beehrt sich vorzuschlagen, daß auf gerichtliche Entscheidungen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens vom 23. Mai 1989 zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen in Zivil- und Handelssachen (dh. vor dem 1. November 1992) gefällt worden sind, die Artikel 18 bis 22 des Übereinkommens vom 22. Juni 1930 zwischen Österreich und der Türkei über die wechselseitigen rechtlichen Beziehungen in Zivil- und Handelssachen und über die Vollstreckungshilfe weiterhin anzuwenden sind.

Falls die Republik Türkei mit diesem Vorschlag einverstanden ist, werden diese Note und ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hiefür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten benützt diese Gelegenheit, der Türkischen Botschaft die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.“

Die Republik Türkei ist mit dem Inhalt dieser Verbalnote einverstanden.

Die Türkische Botschaft benützt diesen Anlaß, dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten erneut die Versicherung ihrer vorzüglichsten Hochachtung auszudrücken.

Wien, den 10. Januar 1994

An das Bundesministerium
für auswärtige Angelegenheiten
Wien

[TRANSLATION]

TURKISH EMBASSY
VIENNA

2238-18-9

Note verbale

The Turkish Embassy presents its compliments to the Federal Ministry of Foreign Affairs and has the honour to acknowledge receipt of the Ministry's note verbale No. 212.03.01/8-IV.1/93 of 10 December 1993, which reads as follows:

[See note I]

The Republic of Turkey agrees with the text of this note verbale.

The Turkish Embassy, etc.

Vienna, 10 January 1994

Federal Ministry of Foreign Affairs
Vienna

[TRADUCTION]

AMBASSADE DE TURQUIE
VIENNE

2238-18-9

Note verbale

L'Ambassade de Turquie présente ses compliments au Ministre fédéral des affaires étrangères et a l'honneur d'accuser réception de la note verbale du Ministère n° Zl. 212.03.01/8-IV.1/93 du 10 décembre 1993 dont le texte est le suivant :

[Voir note I]

Cette note verbale rencontre l'agrément de la République turque.

L'Ambassade de Turquie saisit cette occasion, etc.

Vienne, le 10 janvier 1994

Ministère fédéral des affaires étrangères
Vienne
